

Die „Vorwärts“...  
Verkaufsstellen: Berlin SW 6, Schiffbauerdamm 19. LLB.  
Verleger: Hans Nordens 2693 und 2694.

„Vorwärts“...  
Verkaufsstellen: Berlin SW 6, Schiffbauerdamm 19.  
Verleger: Hans Nordens 2693 und 2694.

# VORWÄRTS

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Schneller Friede in Sicht!

### Der Abschluss des Friedensvertrags.

Paris, 24. März. (Reuter.) Die Großmächte haben heute beschlossen, das Neueste zu tun, um den Vertrag innerhalb einer Woche fertig zu haben. Dieser Entschluss wird dem wachsenden Ernst der Lage zugeschrieben.

### Die Lage in Ungarn.

Amsterdam, 25. März. (B. L. B.) Dem „Allgemeen Handelsblad“ wird aus Paris gemeldet, daß die Alliierten beschlossen zu haben scheinen, angesichts der Lage in Ungarn einzugreifen, um dem von zwei Seiten bedrohten Rumänien alle mögliche Hilfe angedeihen zu lassen.

Rotterdam, 24. März. (B. L. B.) Dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ wird aus London gemeldet: Die Nachricht über die bolschewistische Umwälzung in Ungarn macht hier Eindruck. Man ist allgemein gegen das Hinüberschieben der Verhandlungen in Paris, wodurch die Entente die Nacht über Mitteleuropa beschleiert. Ueber die Ursachen der Umwälzung und die dagegen anzunehmenden Mittel herrscht wenig Einigkeit. Die radikale „Daily News“ schreibt, daß sie schon vor Monaten vor dieser Gefahr gewarnt habe und daß man sie durch die raschlichtige Torheit, einen gefährlichen Feind Manpel leiden zu lassen, heraufbeschworen habe. Der liberale „Daily Chronicle“ schreibt in einem ausführlichen Leitartikel, die Lage in Ungarn sei wegen der Wirkung, die sie auf die Rumänen, Polen und Tschechoslowaken haben werde, ernst. Lenin habe jetzt die Ukraine in seiner Macht und erhalte in Ungarn eine viel bessere Kraftbasis gegen viele drei Staaten. Absolut genommen, sei der militärische Wert der bolschewistischen Truppen verhältnismäßig gering, aber im Zusammenhang mit ihrer Propaganda könnten sie ziemlich viel erreichen.

Bern, 24. März. (B. L. B.) Die Bedeutung, die in der schweizerischen Presse den Ereignissen in Ungarn beigemessen wird, kommt am stärksten in dem Verhalten der deutschen Blätter zum Ausdruck, die den Ernst der Lage nicht verkennen, aber noch ihrer Erklärung mit der Kommentierung zurückhalten, bis nähere Einzelheiten vorliegen. Die deutsch-schweizerische Presse weist in mehrfacher Uebereinstimmung darauf hin, daß die gegenwärtige Politik lediglich die Rückwirkung der chauvinistischen Ententepolitik sei. Sie neigt der Ansicht zu, daß nur Mäßigung von Seiten der Entente ein allgemeines Chaos verhüten könne. — In Berner politischen Kreisen herrscht man, am Sonntag abend habe der Vertreter einer einflussreichen Entente-Regierung (nicht der französischen) eine einflussreiche Persönlichkeit Ungarns empfangen, um von ihr Auskunft über die Lage in Ungarn zu erhalten. Die ungarischen Kreise in der Schweiz legen Wert auf die Feststellung, daß die jetzige bolschewistische Regierung ihres Landes nicht mit dem terroristischen Regime nach russischem Vorbild gemein habe, sondern nichts anderes als eine Steigerung des extremen Nationalismus bedeute, der zugleich die Liquidierung der ententefreundlichen Politik enthalte.

### Einigung in England.

London, 24. März. (Reuter.) Nach der heutigen Konferenz der Eisenbahner erklärte der Führer der Lokomotivführer, Bromley, daß eine allgemeine Einigung erzielt worden sei. Er sei jetzt davon überzeugt, daß man zu einer freundschaftlichen Regelung gelangen werde.

London, 24. März. (Reuter.) Amlich. In der heutigen Konferenz der Vertreter der Eisenbahner-Gewerkschaften mit der Regierung wurde eine Einigung über die Auslegung der von der Regierung angebotenen Bedingungen erzielt. Diese Bedingungen erhalten jetzt die Ratifikation durch die Eisenbahnergewerkschaften. Sobald sie ratifiziert sind, soll über die rechtlichen Punkte in den Programmen der Angehörigen weiter verhandelt werden. Die Regierung will alles aufbieten, um eine schnelle und ruhige Regelung herbeizuführen.

### Die ersten Lebensmittel.

Hamburg, 24. März. Am 23. d. Mts. treffen die ersten belgischen amerikanischen Lebensmittelsschiffe im Hamburger Hafen ein.  
Berlin, 24. März. Der Vorsitzende der britischen Kommission in Spa teilte am 23. März in einer Note mit, daß in Ausführung des Brüsseler Abkommens für rund 35 Millionen Dollar Rohnahrungsmittel aus amerikanischen Quellen und für rund

50 Millionen Dollar aus britischen Quellen zu sofortiger Lieferung bereit seien. Die deutsche Regierung werde um Mitteilung gebeten, wann die im Brüsseler Abkommen als Bezahlung hierfür vorgesehenen 11 Millionen Pfund Sterling Gold in Brüssel eintreffen würden.

Da die Ueberführung des Goldes nach Brüssel, wie der Entente bereits mitgeteilt wurde, am Mittwoch, den 26. März, erfolgen wird, so dürfte mit dem Beginn der Lieferung der oben erwähnten Lebensmittel in kurzer Zeit zu rechnen sein.

### 1 Million Arbeitslose in England.

Amsterdam, 24. März. „Times“ meldet, daß die Zahl der Erwerbslosen in England über eine Million betrage.

### Blutige Zusammenstöße in Witten.

Dortmund, 25. März. In Witten kam es gestern vor dem Gebäude der „Wittener Volkzeitung“ wegen eines in dem Blatte erschienenen Artikels zu Kundgebungen von Arbeitern aus Witten und Witten, wobei ein Polizist. Beamter durch eine aus der Menge geworfene Handgranate tödlich verletzt wurde. 25-Kilogramm daraufhin ein allgemeines Handgemenge; zahlreiche Personen wurden durch Schüsse und Handgranaten getötet oder verwundet.

### Die verhafteten Matrosen.

Bereits am 21. März verbreiteten die „B. P. N.“, daß ein Teil der in der französischen Strafe verhafteten Matrosen schon entlassen sei; die Entlassung der übrigen sehe unmittelbar bevor, da ihnen eine straflose Handlung nicht nachgewiesen werden könne.

Das stimmt nicht. Ein Teil der in der französischen Strafe verhafteten Matrosen ist noch heute in Zegel. Zwar ist ihren Angehörigen in Moudon erklärt: die Entlassungsdiplome seien bereits ausgestellt. Aber entlassen sind die Unglücklichen noch immer nicht. Weshalb nicht?

Aus Äußerungen von Gefängnisbeamten geht hervor, daß die Kommandantur die Verhafteten zwar freigegeben hat, daß aber das Kommando Lüttich sich ihrer Entlassung widersetzt.

Und weshalb widersetzt sich das Kommando Lüttich?

Wenn die in der französischen Strafe Verhafteten freigelassen werden, wenn also bewiesen wird, daß sie zu Unrecht verhaftet sind, so ist damit auch bewiesen, daß die in der französischen Strafe Erschossenen zu Unrecht erschossen sind.

Und das darf nicht sein! Das will das Kommando Lüttich verhindern. Deshalb werden die Matrosen noch nicht freigelassen, deshalb wird man alles versuchen, ihnen den Prozeß zu machen.

Wir weisen die von der preussischen Landesversammlung eingesetzte Untersuchungskommission mit allem Nachdruck auf diesen Fall hin, bevor er verschleiert wird. Die Adressen von Zeugen stellen wir der Kommission bereitwillig zur Verfügung.

Und wir verlangen noch einmal die sofortige Hastentlassung der noch nicht entlassenen Matrosen und die sofortige Verhaftung des Oberleutnants Karlow, den wir nochmals vor aller Öffentlichkeit des vierundzwanzigfachen Mordes beschuldigen.

### Endlich!

Der „Vorwärts“ hat bisher alle unsere Vorstellungen über die Erschießung der 24 Matrosen in der französischen Strafe unterzogen. Jetzt endlich berichtet er. Damit unsere Leser sehen, wie diese „objektive“ Berichterstattung eines Arbeiterblattes aussieht, drucken wir den Wortlaut dieser Notiz ab:

„Das Verfahren gegen eine Anzahl Matrosen der Volksmarinemedizin ist eingestellt worden, weil ihnen Strafbares nicht nachgewiesen ist. Um so dringender bedarf die Erschießung von 24 Matrosen einschließlich zweier Krankenbeamten in der französischen Strafe der rest- und rücksichtslosen Aufklärung, zumal hier die schwersten Verbrechen gegen 20 gegen einen Oberleutnant Karlow, erhoben sind.“

Das ist alles, was die Bedientenclique auf der „Vorwärts“-Redaktion sich absperrungen haben, nachdem selbst in der bürgerlichen Presse die heftige Empörung über die Schandtat in der französischen Strafe Ausdruck gefunden hat.

### Verrat!

Die rechtssozialistischen Führer haben es also in der Tat gewagt, auch in Preußen dem Zentrum wieder zur Macht zu verhelfen und damit jede freie Kulturpolitik unmöglich zu machen.

Die trübste Preisgabe der Möglichkeit, endlich auch in Preußen eine freiheitliche Schulpolitik zu treiben und den gemäßigten politischen Einfluss der Kirche zu brechen, ist beinahe unerklärlich. Jrgend eine politische Mäßigung liegt nicht vor, denn in der Nationalversammlung besitzen die Rechtssozialisten mit den Demokraten die Mehrheit und in allen Fragen, die einen Fortschritt bedeuten, hätte die Regierung auch auf die Stimmen der Unabhängigen rechnen können. Der Verrat in der Schulpolitik läßt sich nur aus dem Charakter der rechtssozialistischen Führer ableiten. Dieser Charakter ist feigste politische Rechenschaftsträgerei. Die Reute wollen an der Macht bleiben im Reich wie in Preußen und haben eine Heidenangst vor jeder bürgerlichen Konstitution. Am liebsten hätten sie noch die Konventionen dazu bekommen, wenn es irgendwie gegangen wäre. Auf das Zentrum aber wollten sie um keinen Preis verzichten und da das Zentrum hart bleibt, so haben sie schließlich vor ihm bedingungslos kapituliert. Das geht mit voller Klarheit aus dem Kommentar der „Germania“ hervor, die schreibt:

„Im Reich überwiegt die außenpolitische, sozialpolitische und wirtschaftliche Komplexität, Gebiete, auf denen sich eine Annäherung zwischen Zentrum und Sozialdemokratie im gewissen Umfang ermöglichen ließe, während im Staate vor allem die kulturpolitischen Aufgaben im Vordergrund stehen, in deren Auffassung zwischen Zentrum und Sozialdemokratie sich eine grundsätzliche und darum unüberbrückbare Kluft ausbildet. Daran erklärt sich ohne weiteres, wie wenig aussichtsvoll von vornherein die Verhandlungen über die Regierungsbildung in Preußen erscheinen mußten, die die Sozialdemokratie mit dem Zentrum angeknüpft hatte. Wenn sie trotzdem zu guter Letzt zu einem Ergebnis geführt haben, so geschah es, weil man beiderseits von der Notwendigkeit tief durchdrungen war, im Interesse des Vaterlandes und zur Ueberwindung seiner großen Not alles Trennende nach Möglichkeit zurückzustellen und sich auf die Lösung der nächsten Staatsaufgaben zu beschränken. In dieser Auffassung hat insbesondere die Zentrumspartei unter voller Wahrung ihrer kulturpolitischen Grundzüge, die ja keineswegs nur Parteigrundzüge im landläufigen Sinne des Wortes sind, sondern unerlöschliche Forderungen ihrer Weltanschauung darstellen, sich schließlich bereitfinden lassen, in eine Regierung mit den Demokraten und Sozialdemokraten einzutreten.“

Was es mit dem Interesse des Vaterlandes in Wirklichkeit auf sich hat, geht aus der weiteren Bemerkung der „Germania“ hervor, daß das Zentrum deswegen in die Regierung eingetreten sei, weil diese sonst in radikales Nachwässer geraten wäre. Der Radikalismus hätte sich vor allem in der Kulturpolitik betätigt, was selbstverständlich bei einem Zusammengehen des Zentrums mit der Linken ausgeschlossen sein muß.

Wir denken, das ist deutlich genug. Es heißt ja nichts anderes als daß in den wichtigsten Fragen der preussischen Politik das Zentrum Trumpf bleibt. Das ist ein so schändlicher Verrat an den wichtigsten Aufgaben, die der Sozialismus zu erfüllen hat, daß man die Arbeiterklasse nicht begreifen kann, die ihren Führern auch auf solchen Wegen folgt. Steigen doch selbst dem „Vorwärts“ Bedenken auf. Er schreibt:

Wenig erwünscht wird den meisten Parteigenossen die Nachricht kommen, daß auch in Preußen eine Koalitionsregierung unter Einwirkung des Zentrums gebildet werden soll und daß man beabsichtigt, zum Zweck des Zusammengehens dieser Regierung die Entscheidung über Kulturfragen vorläufig zurückzustellen. Falls dieser Entschluss schon unabwehrlich sein sollte, so ließe er sich nur aus der bedrückenden äußeren Lage des Reiches erklären und aus der Sorge, nicht breite geographisch zusammenhängende Volksteile in die Opposition zu stoßen und sie nicht dadurch für gefährliche Losreißungsbestrebungen empfänglich zu machen. Ob diese Sorge begründet ist, möchten wir dahingestellt sein lassen — wäre sie es, so wäre das kein gutes Zeugnis für jene Verdorrenheitsstelle, die angesichts einer Meinungsverschiedenheit über die beste Kulturpolitik gleich bereit wären, Staat und Reich den Räden zu liefern.





